

Newsletter

Ausgabe 32 / 28. November 2017

Geschätzte Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+
Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Mit dieser aktuellen Ausgabe unseres Newsletters begrüßen wir Sie herzlich zur Wintersession. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe bildet der **Universal Periodic Review (UPR)**. In diesem speziellen Verfahren vor dem UNO-Menschenrechtsrat wurde die Schweiz am 9. November in Genf auf die Einhaltung der Menschenrechte überprüft. Die UNO-Mitgliedstaaten haben 251 Empfehlungen an die Schweiz gerichtet. Viele der dabei behandelten Themen sind für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ von Interesse, wie beispielsweise Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, Gleichstellung der Geschlechter und Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität. Der UPR bietet verschiedenen Akteur_innen und gerade auch Parlamentarier_innen interessante Möglichkeiten, die Menschenrechtslage zu verbessern. Weitere Informationen finden Sie unter --> Aktuell und --> Wissen.

Aufgrund des dichten Programms während der Wintersession verzichten wir auf ein reguläres Treffen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ und werden bei Interesse aktuelle Themen bilateral behandeln. Wir wünschen Ihnen eine gute Session!

Aktuell

Die parlamentarische Gruppe KAIRO+ hat am 27. September ein gemeinsames Treffen mit den parlamentarischen Gruppen Kinder und Jugend sowie Familienpolitik zum Thema **unbegleitete minderjährige Asylsuchende** durchgeführt. Andreas Tschöpe, der Geschäftsleiter der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) sowie der Teilnehmer Amine Conde haben das Projekt «Speak Out!» vorgestellt. Dieses hat zum Ziel die Partizipation junger Migrant_innen zu fördern. Die Situation am Wohnort, Vormund und Betreuung, Ausbildung und der Übergang mit 18 Jahren sind Themen, welche die Betroffenen vorrangig beschäftigen.

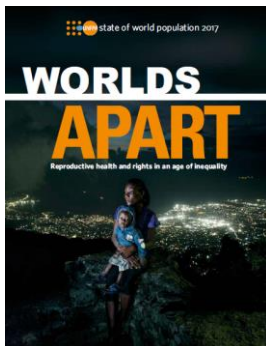


*Referent_innen: Martina Obrist SEM, Gaby Szöllösy SODK, Amine Conde «Speak Out»
Fotos: Valérie Vuille, SAJV*

In einem zweiten Teil hat Gaby Szöllösy, die Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren die SODK-Empfehlungen zu unbegleiteten minderjährigen Kindern und Jugendlichen aus dem Asylbereich vorgestellt. Martina Obrist hat schliesslich als Vertreterin des Staatssekretariats für Migration auf die erhobenen Empfehlungen reagiert und zahlreiche Fragen beantwortet.

➤ [SODK-Empfehlungen zu minderjährigen Kindern und Jugendlichen aus dem Asylbereich, Mai 2016](http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Aktuell/Empfehlungen/2016.05.20_MNA-Empfehlungen_farbig_d.pdf)
http://www.sodk.ch/fileadmin/user_upload/Aktuell/Empfehlungen/2016.05.20_MNA-Empfehlungen_farbig_d.pdf

- Der UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA hat Mitte Oktober seinen thematischen Bericht 2017 zum Thema **«Gespaltene Welt – Reproduktive Gesundheit und Rechte in Zeiten der Ungleichheit»** veröffentlicht. In der heutigen Welt nimmt die Kluft zwischen Arm und Reich erschreckend zu, wie UNFPA feststellt. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung, die auf Menschenrechten aufbaut, Ungleichheiten reduzieren und auch die ärmsten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen mitnehmen will. Um Ungleichheiten zu bekämpfen braucht es einen mehrdimensionalen Ansatz. Zwei wesentliche Faktoren der Ungleichheit sind mangelnde Geschlechtergerechtigkeit und Ungleichheiten bei der Verwirklichung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Letzteres hat nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit und Rechtstellung der Frauen, sondern auch auf ihre Möglichkeiten in Bezug auf Bildung, ökonomische Unabhängigkeit und politische Teilhabe. UNFPA schlägt 10 Massnahmen vor für mehr Gleichheit in der Welt vor.



- [Weltbevölkerungsbericht 2017 Worlds Apart \(engl.\)](http://www.unfpa.org/sites/default/files/sowp/downloads/UNFPA_PUB_2017_EN_SWOP.pdf)
http://www.unfpa.org/sites/default/files/sowp/downloads/UNFPA_PUB_2017_EN_SWOP.pdf
- [Weltbevölkerungsbericht 2017 / deutsche Kurzfassung](https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/10/2017_UNFPA_SWOP_dt.pdf)
https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/10/2017_UNFPA_SWOP_dt.pdf

- Dr. **Natalia Kanem** ist Anfang Oktober zur **neuen Direktorin des UNO-Weltbevölkerungsfonds UNFPA** ernannt worden. Sie wird damit die Nachfolgerin von Babatunde Osotimehin, der im vergangenen Sommer unerwartet verstorben war. Natalia Kanem verfügt über mehr als 30 Jahre Berufserfahrungen unter anderem in den Bereichen Medizin, Public Health, reproduktive Gesundheit und Frieden. Von 2014 bis 2016 war sie UNFPA Vertreterin in Tanzania. 2016 übernahm sie bei UNFPA das Amt der Vizedirektorin



- [UNO –Weltbevölkerungsfonds UNFPA](http://www.unfpa.org/)
<http://www.unfpa.org/>
- [Natalia Kanem](http://www.unfpa.org/sites/default/files/biographies/Dr._Natalia_Kanem.pdf)
[http://www.unfpa.org/sites/default/files/biographies/Dr. Natalia Kanem.pdf](http://www.unfpa.org/sites/default/files/biographies/Dr._Natalia_Kanem.pdf)

- Die Schweiz ist am 9. November vor der UNO-Menschenrechtskommission im Rahmen des **Universal Periodic Reviews (UPR)** auf die Einhaltung der Menschenrechte überprüft worden. 11 UNO-Mitgliedstaaten haben insgesamt 251 spezifische Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation an die Schweiz gereicht. Diese hat sogleich 121 Empfehlungen noch vor Ort angenommen und 67 abgelehnt. Zu den noch verbleibenden 63 Empfehlungen wird die Schweiz bis im nächsten Frühling Stellung beziehen. Die Schweiz hat beispielsweise der Empfehlung zugestimmt, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 % des nationalen Inlandprodukts zu erhöhen. Zudem ist sie bereit, mehreren Empfehlungen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zu befolgen. Zu den Themen Bekämpfung von Diskriminierung und Stigmatisierung hat die Schweiz zwar viele wichtige Empfehlungen angenommen. Gleichzeitig lehnte sie mehrere Empfehlungen für griffige Massnahmen auf gesetzlicher Ebene ab. Auch zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung hat die Schweiz mehrere Empfehlungen angenommen. Ob sie aber bereit ist, einen nationalen Aktions-plan sowie eine Strategie zur Förderung der Geschlechtergleichstellung zu verabschieden, liess sie noch offen.

➤ [Medienmitteilung](#)

https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/11/171107_MM_UPR_d.pdf

➤ [Die Schweiz erhält 251 Empfehlungen](#)

<https://www.humanrights.ch/de/menschenrechte-schweiz/upr/2017/upr-empfehlungen-2017>

- Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) hat Anfang September seine erste **Strategie zur Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten** publiziert. Das EDA will damit sein Engagement zur Geschlechtergleichstellung und zur Verwirklichung der Frauenrechte bekräftigen und dieses noch breiter und kohärenter ausgestalten. Trotz Fortschritten bestünden nach wie vor grosse Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern weltweit und auch in der Schweiz, schreibt das EDA. Zudem sind Frauen und Mädchen überproportional stark von den Folgen betroffen, die humanitäre Krisen und Konflikte, gewalttätiger Extremismus und eine unsichere Ernährungslage mit sich bringen. Die Förderung der Rechte im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ist eines von fünf strategischen Zielen der EDA-Strategie zur Verwirklichung der Frauenrechte.



➤ [EDA-Strategie zur Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten](#)

➤ [Medienmitteilung](#)

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-68045.html>

- Am 25. September haben rund 40 Schweizer Organisationen die **zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030** gegründet. Die beteiligten Schweizer NGO's engagieren sich gemeinsam für die Umsetzung der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und fordern, dass sich die Schweiz konsequent für Nachhaltigkeit auf allen Ebenen einsetzt.



[Medienmitteilung zur Gründungsversammlung](#)

<http://www.alliancesud.ch/de/politik/agenda-2030/schulterschluss-der-schweizer-zivilgesellschaft>

- Ab sofort ist ein neues Update der **Women's Human Rights App** erhältlich. Die vom Schweizerischen Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) und dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten(EDA) geschaffene App hat zum Ziel, die Frauenmenschenrechte zu stärken. Das App gewährt einfachen Zugang zu einer Datenbank, welche die wichtigsten internationalen Dokumente zum Thema Frauenmenschenrechte enthält. Anhand von Stichwörtern können die wichtigsten Texte zum jeweiligen Thema gesucht werden.



Hier können Sie die App updaten oder downloaden: [iOS](#), [Android](#), [Blackberry](#). Infos dazu finden Sie unter: www.womenshumanrights.ch.

- [Women's Human Rights App](http://www.womenshumanrights.ch)
<http://www.womenshumanrights.ch>

- Der Bundesrat will die **Opfer von häuslicher Gewalt und Stalking** besser schützen. Er hat dazu am 11. Oktober 2017 die Botschaft zu Änderungen im Zivil- und Strafrecht verabschiedet. Die Vorlage ermöglicht namentlich eine elektronische Überwachung von Rayon- oder Kontaktverboten. Zudem entlastet sie die Opfer: Diese sollen nicht mehr die ganze Verantwortung des Entscheides über eine Sistierung und Einstellung eines Strafverfahrens tragen müssen. In zwei gleichentags verabschiedeten Berichten bestärkt der Bundesrat zudem die Kantone in ihren Bestrebungen, häusliche Gewalt und Stalking mit einem Bedrohungsmanagement zu bekämpfen. Dass häusliche Gewalt und Stalking grosse gesellschaftliche Probleme sind, belegen die Statistiken: Allein 2016 wurden 17'685 Straftaten im häuslichen Bereich polizeilich registriert, 2 Prozent mehr als 2015 und 13 Prozent mehr als 2014. 19 Menschen (18 weiblich, eine männlich) starben 2016 an den Folgen häuslicher Gewalt. Dazu kommen 52 versuchte Tötungen.

- [Medienmitteilung Bundesrat](https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-68372.html)
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-68372.html>

- Die Berner Fachhochschule hat mit Unterstützung des Bundesamtes für Gesundheit eine **Situationsanalyse über die sexuelle und reproduktive Gesundheitsversorgung von Frauen und ihren Säuglingen in Asylunterkünften in der Schweiz** untersucht. Die Studie hält fest, dass asylsuchende Frauen und ihre Kinder in der Gesundheitsversorgung eine besonders vulnerable Gruppe darstellen. Lange und entbehrungsreiche Fluchterfahrungen mit einem hohen Risiko, sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein, sind für diese Frauen charakteristisch. Auseinandergerissene soziale und familiäre Strukturen, fehlende Kenntnisse des schweizerischen Gesundheitssystems, sprachliche Barrieren sowie der unsichere Aufenthaltsstatus sind nur einige der existierenden Probleme, die an die hiesige reproduktive und sexuelle Gesundheitsversorgung herangetragen werden. Die politischen Behörden sind gemäss den Autorinnen gefordert, Massnahmen für eine adäquate und innovative Gesundheitsversorgung, insbesondere im Präventionsbereich, zu entwickeln und zu implementieren, die den besonderen Bedürfnissen dieser Zielpopulation gerecht werden. Die Studie macht konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der Situation.

- [Situationsanalyse und Empfehlungen](https://www.gesundheit.bfh.ch/uploads/tx_frppublikationen/Sexuelle_und_reproduktive_Gesundheitsversorgung_von_Frauen_und_ihren_Saeuglingen_in_Asylunterkuenften_in_der_Schweiz_REFUGEE.pdf)
https://www.gesundheit.bfh.ch/uploads/tx_frppublikationen/Sexuelle_und_reproduktive_Gesundheitsversorgung_von_Frauen_und_ihren_Saeuglingen_in_Asylunterkuenften_in_der_Schweiz_REFUGEE.pdf

- Der Bund unterstützt die **Fachstelle Zwangsheirat** in den nächsten vier Jahren mit insgesamt 800'000 Franken. Dies hat der Bundesrat an seiner Sitzung Mitte Oktober beschlossen. Die Fachstelle Zwangsheirat wird ein landesweit zugängliches Beratungsangebot breitzustellen, das für Betroffene und Fachpersonen im Umgang mit komplexen Fällen von Zwangsheirat bestimmt ist. Zudem wird sie Fachwissen zu Zwangsheiraten durch Publikationen, den Austausch von Erfahrungen, Weiterbildungsangebote, Sensibilisierung oder mediale Tätigkeiten der Akteur_innen vor Ort zur Verfügung stellen. Die Massnahmen bauen auf den Erfahrungen mit dem Bundesprogramm gegen Zwangsheiraten 2013 - 2017 auf. Eine externe Evaluation war zum Schluss gekommen, dass das Bundesprogramm in vielen Regionen der Schweiz entscheidend dazu beigetragen hat, den Betroffenen zu helfen. Im Rahmen des Bundesprogramms sind von Anfang 2015 bis Ende August 2017 insgesamt 905 Fälle von Zwangsheiraten und –ehen gemeldet worden.
 - [Medienmitteilung](https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2017/2017-10-31.html)
<https://www.ejpd.admin.ch/ejpd/de/home/aktuell/news/2017/2017-10-31.html>
 - [Bundesprogramm Bekämpfung Zwangsheiraten 2013-2017 – Bericht des Bundesrats](https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/integration/themen/zwangsh/20171025-ber-br-zwangsheirat-d.pdf)
<https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/integration/themen/zwangsh/20171025-ber-br-zwangsheirat-d.pdf>
 - [Fachstelle Zwangsheirat](http://www.zwangsheirat.ch/)
<http://www.zwangsheirat.ch/>

Agenda

- Ausnahmsweise führt die parlamentarischen Gruppe KAIRO+ während der Wintersession keine reguläre Veranstaltung durch
Informationen erhältlich über Sekretariat: susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch

• SESSIONSPROGRAMM MIT FOKUS AUF KAIRO+ RELEVANTE THEMEN

NATIONALRAT

- Dienstag, 28. November 2017
15.33 n ZGB. Kinderschutz, **Differenzen**
Vorschau: <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/vorschau-ws-2017-nr.pdf>
- ab Mittwoch, 29 November....
17.41 sn Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021

STÄNDERAT

- Ab Dienstag, 28. November 2017....
17.041 sn Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021
Budget 2018 assorti du plan intégré des tâches et des finances 2019-2021
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20170041>
- Mittwoch, 29. November 2017
15.3401 n Mo. Nationalrat (Fraktion BD). Blutspende. Aufhebung der veralteten und diskriminierenden Beschränkungen (SGK-SR)
<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20153401>
- Donnerstag, 30. November 2017
17.3966 s Po. WBK-SR. Zwischenbilanz Agenda 2030

- Vom 25. November bis zum 10. Dezember findet in der Schweiz zum zehnten Mal die internationale Kampagne «**16 Tage gegen Gewalt an Frauen**» statt. Das diesjährige Fokusthema lautet «*Sprechen wir darüber – Gewalt an Mädchen und jungen Frauen in der Schweiz*». Gemäss aktuellen Forschungsergebnissen und nationalen Statistiken, auf welche die Kampagne hinweist, sind Mädchen zwischen 14 und 19 Jahren einem erhöhten Risiko ausgesetzt, verschiedenste Formen von Gewalt zu erfahren. Dazu gehören sexuelle Übergriffe durch Gleichaltrige (auch in jugendlichen Paarbeziehungen), häusliche Gewalt durch Eltern oder Gewalterlebnisse im virtuellen Raum, wie Cybermobbing, Sexting oder Cyberstalking. Auch Gewalt im Migrations-kontext ist in dieser Altersklasse ausgeprägt (Genitalverstümmelung, Zwangsheirat), ebenso strukturelle Gewaltformen wie Sexismus oder Diskriminierung. Während der 16 Tage gegen Gewalt an Frauen soll das Thema mit einer Plakatkampagne, zahlreicher Veranstaltungen und interaktiven Angeboten für Jugendliche enttabuisiert werden.



[16 Tage gegen Gewalt an Frauen](http://www.16tage.ch/de/home-16.html)

<http://www.16tage.ch/de/home-16.html>

Wissen

Universal Periodic Review

Der Universal Periodic Review ist ein spezielles Verfahren, mit dem jeder UNO-Mitgliedstaat alle vier Jahre vor der UNO-Menschenrechtskommission auf die Einhaltung der Menschenrechte überprüft wird. In einer Art *Peer Review* erhält der überprüfte Staat von den anderen UNO-Ländern in Form eines Dialogs spezifische Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation. Der überprüfte Staat muss Stellung beziehen und kann die Empfehlungen entweder annehmen oder ablehnen. Im Verlauf der kommenden vier Jahre muss er die akzeptierten Empfehlungen umsetzen sowie die erzielten Fortschritte vorweisen. Nichtstaatliche Organisationen können Schattenberichte einreichen und Parlamentarier_innen haben die Möglichkeit, auf politischer Ebene die Umsetzung der Empfehlungen voranzutreiben.

Eine breite NGO-Koalition hat für diesen Zyklus erneut einen gemeinsamen Schattenbericht eingereicht. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz hat zudem einen spezifischen Bericht verfasst, der auf Menschenrechtsverletzungen im Bereich der sexuellen Rechte hinweist. So kritisiert SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz anhaltende Diskriminierungen von LGBTI-Personen, Hürden für Frauen aus der Migrationsbevölkerung insbesondere von Asylsuchenden beim Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, Gewalt gegen Frauen inklusive häusliche Gewalt, sexuelle Ausbeutung im Kontext von Menschenhandel und Ungleichheiten beim Zugang zu Sexualaufklärung. Der Schattenbericht enthält auch konkrete Verbesserungsvorschläge für alle beanstandeten Bereiche.

- [UPR-Schattenbericht zum Thema sexuelle Gesundheit](https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/03/UPR_SWITZERLAND-FINAL.pdf)
https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/03/UPR_SWITZERLAND-FINAL.pdf
- [Statement an der Pre-Session](https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/10/170921_UPR_Statement_PreSession_SR_SH.pdf)
https://www.sante-sexuelle.ch/wp-content/uploads/2017/10/170921_UPR_Statement_PreSession_SR_SH.pdf

Kontakt

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an **Susanne Rohner**, Advocacy Beauftragte von **SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz**, welche für die parlamentarische Gruppe KAIRO+ das Sekretariat führt:

susanne.rohner@sexuelle-gesundheit.ch www.sexuelle-gesundheit.ch

Tel. 031 311 44 08

Der Newsletter erscheint viermal jährlich. Falls Sie den Newsletter nicht erhalten möchten, können Sie sich über die obige Mailadresse von der Verteilliste streichen lassen.

SANTÉ SEXUELLE Suisse
SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
SALUTE SESSUALE Svizzera